

DLH kritisiert Planungschaos: Wirtschaft will Zersplitterung der Beruflichen Schulen – Bildungsbehörde plant schwerfällige Mammut-Berufsschulzentren – Berufliche Gymnasien werden ins Abseits geschoben!

Überhastetes Planungschaos!

Nicht nur der Vorsitzende des Schulausschusses der Hamburger Bürgerschaft, Wolfgang Drews (CDU), ist verwundert über die Eile, mit der Senator Lange seine Planungen vorantreibt, auch der DLH hält das Vorgehen der Behörde für Bildung und Sport einerseits und der Handelskammer andererseits für überhastet.

Zwei Institutionen arbeiten unter enormem Zeitdruck an einer Entwicklungsplanung, für die in anderen Bundesländern jahrelange koordinierte Vorüberlegungen und Modellversuche eingeräumt wurde. „Diese Hast schafft Unruhe an den Beruflichen Schulen und das zu einer Zeit, wo die PISA-getesteten 15-Jährigen in das berufliche Schulwesen drängen und dringend besonderer Anstrengungen bedürfen!“ kritisiert Arno Becker (54), Vorsitzender des Deutschen Lehrerverbands Hamburg. „Dies schadet der pädagogischen Arbeit und vergraut den dringend benötigten pädagogischen Nachwuchs.“

Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung in der beruflichen Bildung

Insbesondere die Pläne der Wirtschaft -unter Federführung der Handelskammer- aber auch die der Schulbehörde gehen in eine Richtung, die die Einflussnahme des Staates auf die Berufsbildung stark beschneiden.

Bei dem **Entwurf der Wirtschaft** drängt sich der Eindruck auf, dass der Staat nur bezahlen soll, die Berufsbildung aber ausschließlich an den ökonomischen Interessen der Betriebe ausgerichtet wird. Der Schulträger ist „wirtschaftsnah“ und wirkt an mehreren Stellen auf die Schulleitung, auf die Unterrichtsinhalte und –organisation ein, wobei die Gewerkschaften nur minimal beteiligt und der staatliche Einfluss auf ein „Nachtwächterniveau“ reduziert werden soll. An seine Stelle soll eine externe Stiftung zur Qualitätssicherung treten, sodass die Bildungsbehörde weitestgehend aus ihrer Schulaufsichtspflicht verdrängt wird.

Thomas Grundt (39) sieht das so: „Strategie der Handelskammer ist es, Maximalforderungen zu stellen, um den Senator unter Druck zu setzen. Andererseits lockt man die Schulbehörde durch Einsparungsversprechen, die sich im Nachhinein als unrealistisch herausstellen werden“

Der DLH sieht in diesem Ansatz den Einstieg in den Ausstieg aus der staatlichen Verantwortung für die Beruflichen Schulen.

Dieser vom Grundgesetz geforderte Einfluss des Staates wird in dem von der **Schulbehörde favorisierten Modell** auf das rechtlich Unabdingbare reduziert. Entsprechend dieser Vorstellung müsste dann der Bildungssenator die politische Verantwortung für diese neuen Berufsbildungszentren tragen, auf deren Organisation und Weiterentwicklung er dann aber kaum Einflussmöglichkeit mehr hätte. Statt seiner fungierte dann ein „Aufsichtsrat“ mit Vertretern der Stadt, Sozialpartnern und Kammern als grundsätzliches Entscheidungsgremium. Thomas Grundt: „Der Rückzug des Staates zeigt sich auch an den von der Schulbehörde vorgeschlagenen Globalbudgets, die zu pauschalem Sparen verleiten. Mit solchen Vorschlägen kann sich der Senat aus der Verantwortung für die Berufsbildung stehlen!“

Wirtschafts- und Technische Gymnasien erneut Stiefkind aller Planungen!

Bereits bei der letzten Einsparrunde des Senators Lange wurden die Wirtschafts- und Technischen Gymnasien als einzige gymnasiale Oberstufe mit 5% Einsparquote

versehen, während die sonstigen Gymnasien und die Gesamtschuloberstufe „nur“ 3% einsparen mussten.

Die **Pläne der BBS** sehen die Auflösung des Wettbewerbs zwischen den etablierten beruflichen Gymnasien zu Gunsten vier regionaler Standorte vor, die quasi Monopolstellung erhielten. Durch diese Planung würden alle Schulprofile verwischt und bereits bestehende sinnvolle Kooperationen zwischen den Schulen beseitigt.

Deutlich schlimmer sind jedoch die **Pläne der Handelskammer**, die die Verlagerung sowohl der Berufsfachschulen und Fachoberschulen als auch der Wirtschaftsgymnasien und Technischen Gymnasien in das allgemeinbildende Schulwesen vorsehen.

„Eine solche Veränderung hätte fatale Folgen“, meint Peter Klein (56), Vorsitzender des Fachbereichs Gewerbeschulen (VLBS). „das Bildungsangebot im Vollzeitschulbereich, das letztendlich organisch gewachsen ist, muss berufs-/branchenbezogen erhalten bleiben. Berufliche Schulen verfügen sowohl über das berufsspezifische Equipment, als auch über die hier im dualen System unterrichtenden Lehrkräfte. Sie sind Garanten für praxisnahes Lernen. Sollten diese Synergieeffekte aufgegeben werden, wäre dies ein unverantwortlicher Qualitätsverlust.“

Flexible Berufsschulen statt schwerfälliger Mammutzentren!

Alle Planungen bei Schulbehörde und Kammern gehen von der Einrichtung großer Mammut-Berufbildungszentren aus, ohne dass klare Aussagen gemacht werden können, welche pädagogischen Vorteile und finanziellen Konsequenzen daraus entstehen sollen. Thomas Grundt ergänzend: „Wir vermissen konkrete Aussagen über den Handlungsbedarf, der nach Ansicht der Behörde die geplanten Umstrukturierungen notwendig macht. Das sieht nach Aktionismus aus, zumal die Argumente alle auf einer sehr abstrakten Ebene bleiben und konkrete Aussagen über die hierdurch entstehenden Kosten – insbesondere in der Anfangsphase – fehlen.“

Große Schulzentren verursachen einen enormen Zeitaufwand für Lehrer, Schüler und Schulleitung, der bei den relativ kleinen und flexiblen Berufsschuleinheiten derzeit nicht anfällt! Lernortkooperation wird hierdurch vermutlich eher erschwert und nicht –wie behauptet - erleichtert.

Zeitrahmen ausdehnen – Diskussion zulassen – Mitbestimmung ernst nehmen

Der Zeitrahmen ist derart eng, so dass der Eindruck entsteht, dass hier etwas präjudiziert werden soll. Dies gilt insbesondere für die Handelskammer. Wenn die Vorstellungen der Handelskammer mit denen der Schulbehörde zusammengeführt und die besten Ansätze hier heraus gefiltert werden sollen, ist es notwendig, dass sie auch in den Kollegien diskutiert werden. Dieser Prozess ist von Handelskammer und Schulbehörde sorgfältig und mit Rücksicht auf die betroffenen Schüler/innen, Lehrer/innen und der einzelnen Ausbildungsbetriebe vor Ort durchzuführen.

Fazit:

Der DLH fordert den Senat auf, das gesamte Schulwesen qualitativ weiter zu entwickeln. PISA hat vor Jahresfrist die Schwächen derjenigen Schülerinnen und Schüler aufgezeigt, die jetzt und in den kommenden Jahren in die Beruflichen Schulen strömen.

=> Gerade in der Übergangsphase, bis die Maßnahmen gegen das schwache Abschneiden der Schüler an Deutschlands allgemein bildenden Schulen zu greifen beginnen, brauchen die **Berufsschulen zusätzliche Ressourcen** und nicht Ressourcen fressende Umstrukturierungen für Mammut-Berufbildungszentren. Diese Übergangsfrist soll laut PISA-Professor Baumert ca. 10 Jahre dauern!

In diese Übergangsfrist fällt auch die große Pensionierungswelle, durch die die Beruflichen Schulen Know How verlieren. Die Berufsschulen müssen für qualifizierten Nachwuchs attraktiv bleiben. Laut Untersuchung des DIW werden die Beruflichen Schulen Deutschlands in den nächsten Jahren (bis 2005) den höchsten Einstellungsbedarf pro Jahr haben (Planungshorizont immerhin bis 2025).

=> In dieser Phase den dringend benötigten **Nachwuchs** mit Experimenten **zu erschrecken**, ist insbesondere bei Diplom-Handelslehrer/innen **gefährlich**, da sie durch ihr polyvalentes Studium gute Arbeitsalternativen in der Wirtschaft finden.

So sind es gerade die Berufsschulen, die bis jetzt gute Arbeit geleistet haben, wie auch die OECD festgestellt hat. Der neue Senat sollte nicht die Fehler des alten wiederholen, die Berufsschulen als Steinbruch für die Bildungslandschaft zu benutzen.

=> Wir fordern **ruhiges pädagogisches Fahrwasser**, um uns unserem eigentlichen Geschäft voll und ganz widmen zu können, nämlich Schülerinnen und Schülern vornehmlich in Zusammenarbeit mit den Ausbildungsbetrieben zu guten Fachkräften auszubilden.